

Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerbevereins der Porzellan-, Glas- und verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exempl., jedes weitere bis zu 5 Exemplaren dreift unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: Charlottenburg bei Berlin, Engländerstr. 24. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

Generalrath.

Insertionsgebühr: für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich.

Für Zusendung von Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oest. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenk, Charlottenburg bei Berlin, Engländerstr. 24.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen u. sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Nr. 23.

Berlin, den 7. Juni 1889.

Sechszehnter Jahrgang.

Amflicher Theil.

Aufforderung.

Die Kassirer der Ortsvereine und örtlichen Verwaltungsstellen Frauenwald, Manebach und Reuleiningen werden hierdurch zur schleunigen Einzahlung der Abschüsse und Gelder pro 1. Quartal 1889 aufgefordert.

Der Generalrath und Vorstand.

H. Münchow,
Vorsitzender.

G. Lenk,
Hauptschriftführer.

J. Bey,
Hauptkassirer.

Offener Brief des Malers Karl Kalumnie an die Redaktion des „Berichterstatter“, Hr. I. Bielowski, in Ohrdruf.

Geehrter Herr Redakteur!

Sie hatten die Güte, einem von mir unter dem 26. Mai Ihnen zugesandten kleinen schriftstellerischen Versuch über Erwarten schnell schon in der Nr. 10 Ihres Blattes Aufnahme zu gewähren. Erlauben Sie gefälligst, daß ich den Artikel aus der Nr. 10 des „Berichterstatter“ auch den Lesern der „Ameise“ zur Kenntniß bringe; derselbe lautet:

Berlin, den 24. Mai 1889. Mit lebhaftem Interesse hat wohl jeder Kollege unter uns Malern in den letzten Nummern dieses Blattes das entschiedene Eintreten desselben für unsere Meißenerbände gegenüber dem Gewerbeverein wahrgenommen und insbesondere den letzten Artikel in Nr. 8 mit Freuden begrüßt. Alles, was gegen die Leitung des Gewerbevereins geäußert worden ist, kann man durchaus unterschreiben. Uns Malern kann dieser Gewerbeverein der Porzellan-Arbeiter auf keinen Fall etwas nützen; schon an dem Namen stoßen sich mit Recht viele Kollegen. Soll unser Beruf nicht noch mehr als bisher zurückgehen, so müssen wir auf das blöden Künstlerstolz, das man uns so oft zum Vorwurf macht, auch ferner halten. Thun wir dies nicht, so werden wir mit der Zeit mehr und mehr zum gewöhnlichen Arbeiter herabsinken (!! Red. d. „Ameise“) und vor Allem, das Band der Einigkeit, welches uns Dank der aufopferungsfreudigen Thätigkeit der Redaktion dieses Blattes, die aus ihrem Eintreten für uns Kollegen kein „Geschäft“ macht, schon jetzt umschließt und sich auf gedeihlicher Grundlage hoffentlich zum Aergern der Macher des Gewerbevereins nach und nach immer fester knüpfen wird, würde ohne Zweifel gelockert werden. Sehen wir uns also nicht selbst herab. (!! Red. d. „Ameise“) — Ueber die Wache im Gewerbeverein möchte ich hieran noch eine Nachricht anschließen, die wohl für manche Leser dieses Blattes Interesse hat. Dem Gewerbeverein ist schon oft der Vorwurf gemacht worden, daß sie von den Führern einer politischen Partei begründet seien und dieser bei den Wahlen als Handlanger und Stimmvieh gedient hätten. Diesen aus Arbeiterkreisen herrührenden Vorwurf haben die Gewerbevereinsführer jedesmal ins Lächerliche gezogen und sich den Anschein gegeben, als lobne es sich kaum, darauf zu antworten. Der Schreiber dieser Zeilen, der in den achtziger Jahren dem Gewerbeverein in Illowitz angehört hat, sind mehrere solcher Fälle bekannt.

Neuerdings hört man aber von durchaus zuverlässiger Seite von einem Vorgange, der sich ganz still im Gewerbeverein abzuspielen scheint, so, daß nur die Mitglieder davon etwas erfahren. Es ist nämlich jetzt im Gewerbeverein eine von dem weisen „Generalrath“ durch geheime Zuschriften, die an die Ortsvereins-Vorstände gerichtet worden sind, veranlaßte lebhafteste Agitation im Gange, bei den nächsten politischen Wahlen die Mitglieder sämmtlich in das Lager der herr. politischen Partei zu führen. Man plant sogar, mit irgend welchen Zwangsmitteln, deren ja der „Generalrath“ genug an der Hand hat, gegen solche Mitglieder vorzugehen, welche sich widersetzen, indem man glaubt, sich dabei auf den bekannten Revers (ein noch zufällig in meinem Besitze befindliches Exemplar liegt für die Redaktion bei) stützen zu können, der im Gewerbeverein von jedem Einzelnen unterschrieben werden muß und von dem man folgern möchte, daß die Mitglieder nach vollkommener Unterschrift einer bestimmten Partei angehören.

Wie von derselben Seite verlautet, erheben die Schächter des Gewerbevereins aber gegen dieses durchaus verwerfliche Vorgehen ihres Generalraths an vielen Orten Widerspruch, denn in diesem Falle scheint sogar Ihre Geduld zu Ende.

Bei dieser Gelegenheit mag kann gleich mitgeteilt werden, daß der gesammte „Generalrath“ von Berlin aus am 8. v. M. einen Herrenausflug nach der hübsch gelegenen Lichtendörfer bei Potsdam gemacht hat, wobei es nicht gerade armieilig hergegangen sein soll. Man erzählt sich, daß die Kosten von einigen begüterten Anhängern der politischen Partei (wohl als Lohn für das Agitieren der Herren „Generalräthe“ für die Partei der Herren Gastgeber) gedeckt seien; vielleicht aber mußten auch die armen Mitglieder, denen die Beiträge schon so nicht leicht fallen, zur Deckung der Reisekosten indirekt beitragen. Nun, wir in den Meißenerbänden würden uns bedanken, uns auf solche Weise schröpfen zu lassen. — Nichts mehr. S.

So der Artikel.

Zweifellos wird jeder Leser aus der anstandslosen Aufnahme dieses litterarischen Beitrags, welcher so ganz in die Spalten Ihres Blattes hineinpakt, die große Gewissenhaftigkeit erkennen können, von welcher Sie bei Ihren Veröffentlichungen gegen andere Institutionen sich leiten lassen und Ihnen dafür Dank wissen.

Ich besonders sage Ihnen noch dafür Dank, daß Sie die Hauptstellen durch fetten Druck möglichst hervorgehoben haben.

Um aber auch nicht den Schein einer beangenehten Unwahrheit auf Ihrem Blatte und mir selbst sitzen zu lassen, möchte ich mir gestatten, Ihnen zur Richtigstellung der nachfolgenden nebenstehlichen Punkte in dem fraglichen Artikel durch den „Berichterstatter“ Gelegenheit zu bieten.

In dem Artikel hatte ich gesagt, daß ich in den achtziger Jahren dem „Gewerbeverein in Illowitz“ angehört habe. Das ist aber ein kleiner Irrthum, da in dem genannten Orte zu der genannten Zeit ein Ortsverein gar nicht bestanden hat, ich mich auch erst jetzt genau erinnere, noch nie Gewerbevereinsmitglied gewesen zu sein.

Auch betreffs des „Herren-Ausfluges“, den der Generalrath nach meiner Meldung gemacht hat, ist einiges richtig zu stellen. So wurde mir erst nach Abendung des Briefes an Sie klar, daß der gesammte

Generalkrath" ja diesen Ausflug am 3. April d. Js., an welchem Tage übrigens ein zu Ausflügen durchaus ungeeignetes, weil fast winterliches Wetter war, gar nicht gemacht haben konnte, da an diesem Tage ja der Ihnen bekannte „Generalsekretär“ Hr. Georg Benz nach dem Berichte in Nr. 7 Ihres eigenen Blattes vom 15. April d. Js. in Altwasser i. Schl. den bewußten Vortrag gehalten hat! Dieser Umstand muß Ihnen trotz Ihrer sonstigen „Gewissenhaftigkeit“ bei Aufnahme von Angriffsaufstellungen gegen den Gewerbeverein räthselhafter Weise wohl völlig entgangen sein und bitte ich Sie deshalb, davon noch später Notiz nehmen zu wollen.

Auch eine „Lichtdorsinsel“ bei Potsdam existirt nicht, wie ich mich erst jetzt recht erinnere; ich ersuche Sie, auch diesen mir und unglücklicherweise auch Ihnen unterlaufenen kleinen geographischen Schnitzer gelegentlich richtig stellen zu wollen.

Das sind aber nur Nebensächlichkeiten. Das größte Bech habe ich (und leider auch Sie durch mich) gehabt in Bezug auf den Kernpunkt in der Sache, die dem Generalkrath öffentlich durch Ihr Blatt zum Vorwurf gemachte „lebhafteste Agitation“, welche im Gange ist, um „bei den nächsten politischen Wahlen die Mitglieder sämmtlich in das Lager der deutschfreisinnigen (so sagte ich; Sie verbessern mit seinem Takte „betreffenden politischen“) Partei zu führen“. Dieser Vorwurf ist nämlich, wie Sie jedenfalls mit lebhaftem Bedauern erst jetzt durch mich erfahren werden, völlig unbegründet; ich bin leider in dieser Beziehung ebenso düpiert worden wie bezüglich des Herrenausfluges und mein Trost kann nur noch darin bestehen, daß ich nicht allein der Düpierte war!

Uebrigens wird mir von einem Freunde, dem ich mehr trauen darf, als dem kleinen Schwerenöther, der mir die Ihnen berichteten Kleinigkeiten über den Gewerbeverein hinterbrachte, die Vermuthung ausgesprochen, daß es mit Ihrem „Latein nicht weit her“ sein könne, da Sie sonst auf meine Versicherung in meinem den obigen Artikel begleitenden Schreiben vom 26. Mai: „Was ich Ihnen berichte, ist durchaus zuverlässig und ich büрге mit meinem Namen dafür“, nicht viel hätten geben dürfen, denn dieser Name, auf Lateinisch: Kalumnie, lautet zu deutsch: „Verleumdung“!!

Haben Sie übrigens — beiläufig gesagt — schon den famosen Druckfehler in der an mich gerichteten Briefkastennotiz in Nr. 10 Ihres geschätzten „Berichterstatter“ gelesen? Ich hatte mich beinahe erboten, Ihnen für die Nummer 11 Ihres Blattes einen weiteren Artikel gegen den Gewerbeverein zu liefern unter dem Titel: „Unsere Verbände und Ihr Hauptgegner“. Sie sagen nun im Briefkasten Ihrer Nr. vom 1. Juni mit Bezug hierauf: „Hrn. K. Berlin. Fortsetzung verwünscht.“ Daß Sie nach meinen obigen Aufklärungen die Fortsetzung meiner Mitarbeiterchaft an Ihrem Blatte „verwünschen“, glaube ich; es wäre sogar begreiflich, wenn Sie schon den Anfang dieser meiner Mitarbeiterchaft dahin wünschten, „wo der Pfeffer wächst“.

Gerechnigen Sie u. s. w.

Karl Kalumnie,
Berlin, Krausenstr. 18.

Zu Obigem sind wir einige Aufklärungen schuldig, um der Frage unserer Leser nach der Entstehung dieses offenen Briefes gerecht zu werden. Es ist nämlich eine eigene Sache mit demselben und eine kurzweilige obenein.

Wenn unter den Lesern d. Bl. sind nicht die Angriffe des im Titel dieses Artikels genannten Blattes bzw. seines Leiters gegen unseren Gewerbeverein bekannt, Angriffe, die obenein auch noch nicht einmal auf einer nur oberflächlichen Kenntniß des Wesens und Wirkens dieses unseres Gewerbevereins beruhten, vielmehr rein aus der Luft gegriffen wurden und werden, lediglich um zu schmähen und zu verdächtigen, in der bestimmten Hoffnung, es werde doch wohl „etwas hängen bleiben“? Dabei war und ist der „Berichterstatter“ trotzdem oder wohl gerade infolgedessen zu einem ehrlichen und offenen Austrag des von ihm begonnenen Streites nie zu bewegen! Stellte unser Blatt sich ihm auf offenem Kampffeld, so ist der Angreifer „muthig zurückgewichen“, um bald darauf neue Angriffe, neue Pfeile zu spizen und abzuschießen. So wie das Blatt ohne irgend welche Wahl sich in ihrer Tendenz völlig widersprechende sozialpolitische Artikel veröffentlicht (man siehe Nr. 20 d. Bl.) in dem Bestreben, seine Spalten zu füllen, so giebt es auch ohne Prüfung und ohne die geringste Kenntniß der Sachlage stetig Allem Raum, was gegen den verhassten Gewerbeverein sich richtet, lediglich in dem wollüstigen Gefühl, diesem Gewerbeverein wieder eins versehen zu können.

Die Ueberzeugung hiervon hatte sich dem Verfasser dieser Zeilen schon seit längerer Zeit aufgedrängt und diese Ueberzeugung wurde gestärkt durch die weiter mit dem Blatte gemachten Erfahrungen, insbesondere aber durch eine Briefkastennotiz in Nr. 8 des „Berichterstatter“, in welcher angedeutet wurde, daß der Gewerbeverein die Absicht hätte (man höre!), „seine Mitglieder in Thüringen, welche gleichzeitig den Reiseunterstützungsverbänden angehören, auszuschließen“ (aus dem Gewerbeverein)! Derartig Geschreibsel konnte also der „Berichterstatter“ seinen Lesern bieten.

Wohl in Veranlassung dessen gab der Schall dem Verfasser die Absicht ein, die Schmähsucht des „Berichterstatter“ gegen den Gewerbeverein und seine Leiter einmal an eine weitere Probe zu stellen, einmal zu prüfen, ob denn wirklich Hr. Zielowski auch das unsinnigste Zeug, die unwahrscheinlichsten Beschuldigungen gegen den

Gewerbeverein abzurufen fähig sein würde, ohne das Bewußtsein von dieser Unwahrscheinlichkeit zu haben und ohne auch nur die geringste Erkundigung über die Wahrheit selbst der schwersten Verdächtigungen vor der Veröffentlichung einzuziehen. Und Hr. Zielowski, er hat diese Probe siegreich bestanden durch — einen **Kolossalen Reinsfall!**

Die neueste Nummer des „Berichterstatter“ vom 1. Juni d. Js. bringt nämlich den im Eingange von uns abgedruckten Artikel, der, wie bereits oben angedeutet, von **Anfang bis zu Ende erfunden ist** und trotzdem, und ferner trotz mehrerer absichtlich in denselben hineingeschobener gröblicher Unrichtigkeiten und Unwahrscheinlichkeiten von der Redaktion des „Berichterstatter“ ohne jedwede Prüfung der Wahrheit der schweren, in dem Artikel gegen den Gewerbeverein bzw. seine Leitung erhobenen Beschuldigungen in das Blatt aufgenommen wurde. Und dabei hätte schon eine einzige Rückfrage bei irgend einem der Ortsvereinsvorstände unseres Gewerbevereins dem im Verläumdungen tapferer als im Verteidigen vorgehenden Blatte (auch die Nr. 10 bringt an der Spitze noch einen besonderen, wohl aus der Feder des Hrn. Wollmann herrührenden Artikel aus „Altwasser“ gegen unsere Organisation, über den wir hiermit kurz quittiren wollen) wenigstens eine Ahnung davon beibringen müssen, daß selbstverständlich die Sache erdichtet ist, soweit sie die Agitation des Generalkraths für die deutschfreisinnige Partei betraf; eine einzige Postkarte an den angeblichen Verfasser hätte die Redaktion des „Berichterstatter“ ferner belehrt, daß ein „Maler Karl Kalumnie, Berlin, Krausenstr. 18“ **gar nicht existirt!**

Das Einzige aber, was Hr. Zielowski gethan, ist, daß er die im Urtext angegebenen Worte „von den Führern der Fortschrittspartei begründet“ abänderte in: „einer politischen Partei“ und ebenso an den folgenden beiden Stellen statt „deutschfreisinnigen“ bzw. „freisinnigen Partei“ setzte: „betreffenden politischen Partei“ bzw. „politischen Partei“. Ob diese Aenderung in zarter Rücksichtnahme auf die freisinnige Partei geschah, wissen wir nicht; ist sie deshalb geschehen, so ist dies noch bezeichnender für das Vorgehen des „Berichterstatter“.

Köstlich ist übrigens noch die Naivität, mit welcher die Leitung des „Berichterstatter“ willig den den prozigsten Kastengeist verathenden Ausbrüchen des famosen „Malers Kalumnie“ folgt, der noch auf seinen „Künstlerstolz“ etwas hält und „nicht zum gewöhnlichen Arbeiter herabsinken“ will! Hieran keinen Anstoß zu nehmen, dies ruhig nachzudrucken, das konnte eben nur der Redaktion des „Berichterstatter“ passieren!

Mag die Sache damit abgethan sein. Wir haben schon in Nr. 20 unseres Blattes Beweise für die vollständig konfuse Leitung des „Berichterstatter“ in sozialpolitischer Hinsicht beigebracht; durch die anstandslose Aufnahme des oben wiedergegebenen Artikels hat die Redaktion des „Berichterstatter“ sich einen neuen Ruhmeskranz geflochten: sie hat gezeigt, daß ihr die oberste Pflicht der Leitung eines Blattes, soweit möglich sich von der Wahrheit ihrer Veröffentlichungen, insbesondere wenn diese schwere und ganz unwahrscheinliche Beschuldigungen gegen Andere enthalten, wenigstens vorher nach Möglichkeit zu vergewissern, entweder noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen ist, oder ihr grundsätzlich nichts gilt.

Diesen Maßstab wollen unsere Leser gefälligst in Zukunft an die etwaigen neuen Angriffsaufstellungen des „Berichterstatter“ gegen uns legen, auf die uns fortwährend einzulassen wir schließlich kaum noch Lust haben dürften.

Auf offenem Kampffeld ließ sich das Blatt absolut nicht fassen. Hr. Z. sagt jetzt noch in Nr. 10 in der Briefkastennotiz an Hrn. K. (Kalumnie) Berlin nach der „verwünschten“ Fortsetzung, in ihm riefen die „Angriffe“ (müßte heißen Verteidigungen) der „Ameise“ „nur ein mitleidiges Gefühl wach“. So haben wir denn zu dem Mittel gegriffen, welches uns allein zur Verfügung stand: zu einer Spekulation auf die Oberflächlichkeit und auf die blinde Schmähsucht der Leitung des „Berichterstatter“ gegenüber dem Gewerbeverein. Dieser Wurf ist über Erwarten gelungen; das Blatt ist festgenagelt und seine geringen Anhänger werden über den Reinsfall des „Berichterstatter“ nicht gerade besonders erbaut sein. . . . g.

Streifblicke auf die Aufgaben des Verbandstages.

II.

Unter den Anträgen, welche besondere Aufmerksamkeit erregen, befindet sich zunächst als der erste in der Reihenfolge der gedruckten Tagesordnung in Antrag, gestellt von einem D.-B. der Fabrikarbeiter (welchem ist nicht gesagt), in § 1 des Verbandsstatuts eine Bestimmung einzuschalten, wonach die III. Kommission des Generalkraths unter Zuziehung eines Rechtsanwalts die Rathsvertheilung in Rechtsfragen an alle Verbandsmitglieder übernehmen soll. Der Gedanke ist gar nicht als in den Thätigkeitsbereich der III. („Arbeiterreform“) Kommission fallend zu erachten. Vermuthlich hat der betreffende Ortsverein nicht recht bedacht, daß die Kommission dann zweifellos ständig tagen und mindestens einen besoldeten ständigen Sekretär anstellen müßte. Auch der Zweck des Antrages, die einzelnen Gewerbevereine auf Kosten des Verbandes in dieser Beziehung zu entlasten, scheint verfehlt.

*) Hr. Z. kündigt bereits in einer Nachschrift, in welcher er die Bemerkung einfügt, daß er den Gewerbeverein schon lange im Verdacht habe, stark in Politik zu machen (das hat Hr. Z. wohl von irgend einem „Kalumnie“ gehört), einen neuen Artikel gegen den Gewerbeverein über unseren Revers an D. Berf.

Ueber die Eröffnung des Verbandstages werden wir hoffentlich schon in nächster Nummer einige kurze Mittheilungen zu bringen im Stande sein. Mögen die Leser bis dahin Geduld haben. S. 2.

Sozialpolitische Nachrichten.

Zu Pfingsten 1869 wurde in Berlin durch die zahlreich erschienenen Delegirten aus allen deutlichen Landen, auch aus Oesterreich, die Gründung unseres **Gewerkvereins** vollzogen, wir feiern also mit diesem Pfingstfeste das **zwanzigjährige Bestehen unseres Gewerkvereins**. Der genaue Tag der Begründung ist (die Pfingsten 1869 fielen in eine frühere Jahreszeit, der 19. Mai. Der „Sprechsaal“ vom 6. Juni 1869 brachte dann die erste Ansprache des neu-gewählten Generalraths, kurz und bündig gehalten. Sie liegt eine Fülle von Ereignissen innerhalb der zwei Jahrzehnte, welche unser Gewerkverein nunmehr hinter sich hat. Aus einem losen Bunde, dessen Glieder die verschiedenartigsten Auffassungen über das Wesen und die Ziele ihrer Organisation in sich vereinigten, ist eine feste, zielbewusste Vereinigung geworden mit gut ausgebauten und gut fundirten Unterstützungseinrichtungen für ihre Mitglieder, eine Vereinigung, die den Schutz ihrer Mitglieder in allen Lebenslagen sich bisher schon mit Erfolg zur Aufgabe gestellt hat und diese Aufgabe auch ferner unentwegt im Auge behalten wird. Mögen auch die Mitglieder hiervon mehr und mehr durchdrungen werden, um feindlichen und partikularistischen Bestrebungen innerhalb der Kollegentreife immer erfolgreicher entgegenzutreten zu können. Diese zu bekämpfen, muß unser aller Pflicht sein, wollen wir vorwärts schreiten, und das wollen wir! Unablässiges Wirken für die Vereinigung sei deshalb **eines jeden** Aufgabe. Die stetig fortschreitende Entwicklung unseres Gewerkvereins insbesondere in Bezug auf das, was er an die Mitglieder leistet, bietet uns treffliche Waffen zum Kampfe für unsere Sache. Nutzen wir also diese nach Kräften aus.

Der **„Verband keramischer Gewerke in Deutschland“** hält in diesen Tagen (4. und 5. Juni) in Berlin seine 12. Hauptversammlung ab. Aus der reichhaltigen Tagesordnung erwähnen wir als allgemein interessirende Punkte u. A. besonders den Punkt 10 „Stellung des Verbandes zur Kinder- und Lehrjahrsarbeit“ und Punkt 11 „Stellung des Verbandes zu Veranstaltungen, welche Streitigkeiten mit den Arbeitern verhüten oder schlichten sollen“. Der letztere Gegenstand birgt den Antrag unseres Gewerkvereins an den Verband keramischer Gewerke in Deutschland, betreffend die Errichtung von Schieds- und Einigungsämtern für unsere Industrie, zusammengesetzt aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berufs. Es wird abzuwarten sein, welche Stellung der Verband in dieser Frage einnimmt. — Auch die Lohner-Verunglückten-Versicherungsgesellschaft hält am 4. Juni ihre Genossenschaftsversammlung in Berlin ab. Auf der Tagesordnung steht hier u. A. die Erörterung des vom Reichs-Versicherungsamte im Rundschreiben vom 11. März 1889 — I. 4399 — angeregten Gegenstandes, betreffend den von den Krankenläsen in der Zeit von der 5. bis 13. Woche nach dem Unfalle zu leistenden Mehrbetrag an Krankengeld.

Unserem Artikel in Nr. 19 d. Bl. **„Streiks- und Schieds- und Einigungsämter“** gegenüber weist der „Gewerkverein“ in seiner Nr. 22 darauf hin, daß die Lohnkammerberathung zu dem ausgesprochenen Zweck abgehalten wurde, um die Meinung der Berliner Gewerkvereinsmitglieder in der Lohnfrage zu hören.“ Diese aus mehr als 500 Personen bestehende Berathung habe aber gegen nur 4 Stimmen die Resolution angenommen, jedenfalls sei dies der sicherste Beweis, daß der Herr Referent in seinen Ausführungen der allgemeinen Anschauung über die hochwichtige Frage Ausdruck gegeben habe. „Und dies konnte vom Referenten im Schlusssatz ausdrücklich als die entscheidende Thatsache konstatirt werden und hinzugefügt, daß nur zwischen ihm und einem Redner eine Meinungsverschiedenheit in Bezug auf „das Tempo“ zu Tage getreten sei. Aber die Berechtigung zu einer gewissen Unzufriedenheit in den Kreisen der Arbeiter ist vom Herrn Referenten ausdrücklich hervorgehoben, nur die Unmöglichkeit nachgewiesen, in der Lohnfrage dauernde Erfolge zu erzielen, ohne eine umfassende Organisation. Von „einem kalten Wassertrahl gießen über das Streben der Arbeiter nach höherem Lohn“ ist also seitens des Herrn Referenten keine Rede gewesen, er hat von den Mitgliedern der Deutschen Gewerkvereine nur verlangt, wozu diese statutenmäßig verpflichtet sind: vor Ausbruch des Lohnkampfes nämlich alle friedlichen Mittel in Anwendung zu bringen, selbst wenn dieselben anscheinend keine Aussicht auf Erfolg bieten.“

An unseren Ausführungen über die Angelegenheit wird durch obige Entgegnung, die auf den Kernpunkt der Sache gar nicht recht eingeht, nichts abgeschwächt. Das Anerkennen der Berechtigung zur Unzufriedenheit in den Kreisen der Arbeiter seitens des Referenten haben wir gar nicht in Abrede gestellt, unsere Reuerungen richteten sich im Uebrigen auch mehr gegen die laue Behandlung der Lohnfrage in den Gewerkvereinen im Allgemeinen.

Keramische Nachrichten.

Tiefenfurt, den 1. Juni 1889. In der letzten Nummer Ihres geschätzten Blattes „Die Arbeit“ berichteten Sie über die Arbeitseinstellung des Malerpersonals der H. Steinmann'schen Porzellanfabrik zu Tiefenfurt. Ueber die wirklichen Ursachen dieser Arbeit-

Mit den „Sonderorganen“ der einzelnen Gewerkvereine beschäftigen sich mehrere der vorliegenden Anträge. Ein Antrag (Nr. 10) des Generalraths der Bildhauer will den Gewerkvereinen, welche ein eigenes Blatt besitzen (wie z. B. jetzt bereits die Maschinenbauer, Schuhmacher, Porzellanarbeiter u.) die Verpflichtung auferlegen, ebensoviel Exemplare des „Gewerkverein“ (30 auf 100 Mitglieder) zu halten, als alle nicht im Besitze eines „Sonderorgans“ befindlichen Gewerkvereine. Es ist nur gut, daß dies eben nur in der Absicht des Generalraths der Bildhauer liegt. „Dem Verbandsentfremdet“ könnten die Gewerkvereine sicherlich weit eher durch solche Maßnahmen werden, wie sie hier geplant werden, denn — wie der Generalrath der Bildhauer befürchtet — durch den jetzt günstigen Zustand der Dinge, welcher den betreffenden Gewerkvereinen nur ein Abonnement von 4 Exemplaren des Verbandsorgans pro Ortsverein auferlegt. Erwähnenswerth ist noch die fernere Begründung, daß Fachblätter (d. h. die Sonderorgane) Privatfache der betreffenden Gewerkvereine seien.

Der unter Nr. 11 der gedruckten Tagesordnung aufgeführte Antrag des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch will die bestehende Vergünstigung des Haltens von nur 4 Exemplaren des Verbandsorgans pro Ortsverein seitens der Gewerkvereine mit eigenen Organen bezüglich der etwa neu zu schaffenden Gewerkvereinsblätter abhängig machen von der Anerkennung dieser neuen Organe durch den Zentralrath. Ob sich für die Einführung dieses Konjenses Anhänger finden, wird sich zeigen. Die Neubeg. dung von Gewerkvereinsorganen, ohne bei voller Pflege der unterstützungspflichtigen eines Gewerkvereins die genügenden Mittel und die erforderlichen geistigen Kräfte zu besitzen, ist ohne Zweifel ein Fehler, diesen zu korrigiren kann man aber ruhig den Mitgliedern des Gewerkvereins überlassen, die ja die Kosten tragen müssen; auch scheint es bedenklich, zwei Arten von Sonderorganen zu schaffen: anerkannte (eventl. die neu zu schaffenden) und nicht anerkannte (die bestehenden). Es giebt hier wohl nur zweierlei: entweder man gesteht allen Gewerkvereinen nach wie vor im Falle des Besizes eines eigenen Organs die Vergünstigung zu oder man gesteht sie gar keinem zu (was ja die Bildhauer, aber wohl kaum die Mehrzahl der Gewerkvereine wollen). Die betr. Vergünstigung erst abhängig machen von dem Anerkenntniß neuer Gewerkvereinsblätter durch den Zentralrath ist schon um deswillen nicht richtig, weil für dieses Anerkenntniß bestimmte Erfordernisse vorhanden sein müssen, deren Existenz doch keineswegs dauernd, sondern mit der Zeit und durch die Verhältnisse Aenderungen unterworfen wäre, so daß eine Zurückziehung der Anerkennung unter Umständen schon der Konsequenz wegen sich erforderlich machen könnte. Das würde eine ständige Kontrolle über die Gewerkvereinsblätter bedeuten, welche sich dann in der doch wahrscheinlich nicht angenehmen Lage befänden, das Schwert des Damokles in Gestalt der Zurückziehung der „Konjession“ fortwährend über ihrem Haupte schweben zu sehen.

Eine vollständige Aufhebung der Berufsvertretung bei Verbandstagen würde ein übrigens nicht neuer Antrag des Ortsverbandes Nürnberg bewirken, indem derselbe den ganzen Verband in räumliche Wahlkreise trennen will. Die Antragsteller meinen nun zwar, daß die Berufsvertretung durch ihren Antrag nicht aufgehoben werde, das ist aber offenbar eine falsche Auffassung. Was die im Ortsverbande vertretenen Ortsvereine wollen, können sie in ihren speziellen Gewerkvereinen sehr wohl anregen, nämlich, daß auch für die Wahl zum Verbandstage jeder der betr. Gewerkvereine, wie bei der Wahl zu seiner eigenen Generalversammlung, in entsprechend viel Wahlkreise getheilt werde, welche dann je einen Abgeordneten zu wählen hätten. Diese Art der Wahl ist ja bereits im Rahmen des jetzigen Verbandsstatuts durchaus zulässig.

Bestimmungen über die etwaige Auflösung des Verbandes fehlen bisher im Verbandsstatut. Hier will also mit Recht ein Antrag 26c der Tagesordnung (Anwalt) eine Lücke ausfüllen. Die Auflösung jedoch an einen mit $\frac{2}{3}$ Stimmenmehrheit zu fassenden Beschluß zu binden, erscheint unbegründet. Wir haben für die Auflösung der einzelnen Gewerkvereine nur eine $\frac{2}{3}$ Mehrheit in den Statuten, ohne daß dadurch die Gefahr der Auflösung eines Gewerkvereins irgendwie näher gerückt worden wäre.

Die Auflösung des Verbandes bezw. die Verwendung des Vermögens desselben nach der Auflösung behandelt auch ein anderer Antrag des Verbandsanwalts, welcher den verbleibenden Rest des Vermögens „zu einer Stiftung für verdiente und nothleidende Mitglieder der bei der Auflösung oder Schließung dem Verbandsangehörigen Vereine verwendet“ wissen will. Der Motivirung dieses Antrages, welche in der Vertheilung des Restvermögens an die einzelnen Gewerkvereine „eine Prämie für Auflösungsbestrebungen“ erblickt, kann man nicht gut beistimmen, ebensowenig wie der Antrag selbst ein glücklicher ist, denn läme es wirklich einmal zur Ausführung desselben, so würde diese sicherlich so viele Schwierigkeiten bieten, daß man von selbst gern Abstand davon nehmen würde. Einfacher ist doch demgegenüber die Ueberweisung des Restvermögens an die einzelnen Gewerkvereine, welche das Vermögen zusammengebracht haben und für die Unterstützung ihrer nothleidenden Mitglieder selbst sorgen müssen und werden. Auf diesem Standpunkte stehen die Schuhmacher und das ist auch der richtige.

Die Besprechung einzelner Anträge zum Verbandstage mag damit beendet sein, trotzdem ja auch unter den dem Verbandsstatut noch folgenden Abschnitten der gedruckten Tagesordnung sich noch mancher Antrag befindet, der einer kurzen Beleuchtung werth wäre.

einsetzung möchte ich Ihnen kurz einige Mittheilungen machen, und bitte ich um gefällige Aufnahme derselben in die „Ameise“.

Die Forderung der Maler stellte sich zusammen wie folgt:

1. Zulage auf die fast durchgehend schlechten Dekorpreise durch die Lohnkommission;
2. Herabsetzung der Gold- und Farbenpreise;
3. Abschaffung der bisher abgezogenen 5 pCt. vom Arbeitsverdienst;
4. Herbeischaffung der zu bemalenden Geschirre vom Lager zur Malerei;
5. Die Preise für die in Zukunft neu zu entwerfenden Muster durch eine eigens zu diesem Zwecke von dem Personal gewählte Kommission festsetzen zu lassen;
6. Aufstellung eines Preisverzeichnisses von der Firma für sämtliche Muster, welches der Vorstand des Personals aufzubewahren hat u. a. m.

Man wird aus dieser Aufstellung resp. Forderung mit Recht schließen dürfen, daß die Verhältnisse sehr trauriger Natur gewesen sein müssen. Nicht genug, daß die Dekorpreise sehr gering waren, nein, obendrein wurden den Arbeitern auch noch von dem schmalen Verdienste 5 pCt. abgezogen.

Da ich selbst in der genannten Fabrik thätig gewesen bin, so kenne ich die Verhältnisse ziemlich genau. Es macht einen eigenen Eindruck, wenn man zum Zahltag einem verheiratheten Mann ins Lohnbuch sieht und findet dort die Summe von 12 oder 13 Mark verzeichnet, wovon dann selbstverständlich die angegebenen Prozente noch abgingen. Und recht ist es gewiß auch nicht, Gold und Farbe theurer als im Einkauf zu berechnen und dadurch vielleicht noch Tausende jährlich herauszuschlagen.

Den Kollegen aber alle Ehre für ihr mannhaftes Zusammenhalten.

Personal-Nachrichten.

Altwasser, den 28. Mai 1889. Den Mitgliedern des Schlesi- schen Maler-Verbandes hierdurch zur gefl. Kenntniß, daß nach erfolgter Abstimmung beschlossen worden ist, vom 1. Juli 1889 an diejenigen Kollegen vom Zahlen der Beiträge zu befreien, welche das 55. Lebens- jahr vollendet, unter Beibehaltung ihrer vollen Rechte.

Außerdem geben wir bekannt, daß sich die Mehrzahl der Mit- glieder gegen einen etwaigen Anschluß an den Gewerbeverein der Porzellan-Arbeiter erklärt haben,*) vielmehr eine umgehende Verein- barung sämtlicher Malerverbände wünschen.

Eine Erklärung zu der geplanten Vereinigung wird sämtlichen Vorständen der Verbände zugestellt werden, und ersuchen wir dies- bezügliche Ansichten und Wünsche was recht bald mitzutheilen.

Der Verbands-Vorstand.

A. Rose, D. Krüger, H. Schnabel,
Vorstandender. Kassirer. stellf. Schriftführer.

Fürstberg, 2. Juni. Unser Dreherpersonal hat fast schon ein Jahr durch Mangel beschränkter Verdienst. Anfang April l. J. war es einige Wochen sogar ganz arbeitslos durch Defekt an der Dampfmaschine und bezog Arbeitslosen-Unterstützung; jetzt ist nun wieder ein regelmäßiger Betrieb eingerichtet.

Zu den Pfingstfeiertagen macht unser Personal im Verein mit den Malern eine Vergnügungsfahrt nach Hannover, wozu aus der Lehrlingsklasse die Summe von ca. 600 Mk. bewilligt ist. Früher war auf Kosten dieser Klasse eine Lehrlings-Fortbildungs- schule errichtet zum Unterrichte der Lehrlinge im Rechnen, Schreiben, Zeichnen u., jetzt wird das Geld zu obigem Zweck verwendet.

Ein Dreher.

Amflicher Theil.

* Verzeichniß aufgenommenen und ausgeschiedener Mitglieder.

A. Unter nachstehend verzeichneten Daten wurden aufgenommen:

- 1) In den **Gewerbeverein** und die **Kranken- und Begräbniskasse**:
Badau: 25. 5. 89 C. Weiner; Annaburg: 25. 5. F. Godegast; P. Redlich; Berlin II: 27. 4. S. Scherf, F. Fleck; Dresden: 25. 5. F. Schöne; Althaldensleben: 25. 5. D. Kühn; Sorau: 1. 6. S. Voigt, W. Wagner; Altwasser: 1. 6. S. Hoffmann; Passau: S. Fleckenthaber.

2) In den **Gewerbeverein** und die **Zuschuß-Kranken- und Be- gräbniskasse**:

Waldenburg: 25. 5. M. Weiß; Sorgau: 4. 5. W. Gabling; Königszelt: 1. 6. R. Herberg, S. Gärtner.

3) In die **Kranken- und Begräbniskasse**:

Gölln a. S.: 25. 5. D. Weiser.

4) In die **Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse**:

Eisenberg: 25. 5. S. Rother.

5) In den **Gewerbeverein** (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung):

Kahla: C. Korb; Arzberg: S. Weidemann; Altwasser: S. Peering.

*) Dieser Anschluß ist bekanntlich nicht vom Gewerbeverein, sondern vom Vorstande des Malerverbandes angeregt worden. Daß die Ablehnung desselben erfolgte, ohne daß der Gewerbeverein darüber bisher auch nur in Kenntniß gesetzt wurde, läßt nur die Annahme übrig, daß die beiderseitigen Verab- redungen über die Art und Weise der Entscheidung der Mitglieder des Maler- verbandes in der Frage seitens des Vorstandes des Malerverbandes nicht innegehalten worden sind.
Die Redaktion.

S. Kunze, A. Kluge, I. Busch, R. Binkwart, F. Dinter; Neuselbach: C. Jäger, D. Zahn; Rudolstadt: C. Jung, D. Gernhardt, S. Langhammer; Eisenberg: S. Knapf, M. Reifarth; Passau: S. Otto.

B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus **Gewerbeverein** und **Kranken- und Begräbniskasse**:
Hausen: S. Beyer; Breitenbach: F. Sittig, C. Sittig; Rheinsberg: H. Koboldt (gest.); Schramberg: S. Bodmer (gest.).

2) Aus dem **Gewerbeverein**:

Neuhaldensleben: A. Duckstein (gest.); Rudolstadt: H. Sengel.

Der Generalrath und Vorstand.

A. Münchow,

Vorsitzender.

S. Bey,

Hauptkassirer.

Georg Benz,

Hauptschriftführer.

Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

* **Breslau**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 8. Juni, Abends 8 Uhr, im Lokale zur „Stadt Danzig“, Mathiasstr. Nr. 27. Tages- ordnung daselbst. Franz Boas, Schriftführer.

* **Sorgau**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 8. Juni, Nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal. 1. Geschäftliches, 2. Besprechung über die Feier des diesjährigen Stiftungsfestes, 3. Anträge und Beschwerden. — Nach diesem Krankenkassenversammlung.
Julius Sähnel, Schriftführer.

* **Stützerbach**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 8. Juni, Abends 8 Uhr, im „Thüringer Hof“. Da seit Februar d. J. keine Ver- sammlung stattgefunden, so fordere ich sämtliche Mitglieder sowie den Herrn Kassirer auf, an dieser Versammlung theilzunehmen.
Ludwig Zahn, Revisor.

* **Waldenburg**. Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 15. Juni, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. 1. Geschäftliches, 2. Wahl eines Kassirers und Revisors, 3. Fragekasten, 4. Anträge und Beschwerden.
H. Eichner, Schriftführer.

* **Berlin II**. Versammlung am **Montag**, den 17. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, in Schultheiß' Ausschank, Neue Jakobstr. 24/25. 1. Bericht über die Medizinalkassen, 2. Kassenbericht pro 1. Quartal, 3. Bericht über das 20jährige Stiftungsfest am 22. d. M., 4. Verschiedenes. — NB. Der Kassirer nimmt Beiträge in seiner Wohnung, Ballisadenstr. 81, entgegen; **Willems zum 20jährigen Stiftungsfest** sind beim **Kassirer** und bei den Herren **Danner u. Rost** zu haben! Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Herren Danner u. Rost, Zimmerstr. 68. E. Schumann, Schriftführer.

* **Medizinalverband von Berlin** u. Generalversammlung am **Freitag**, den 21. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, Neue Jakobstr. 24/25 (Schul- theiß' Ausschank). Bericht der Revisoren pro 1. Quartal 1889, Statuten- änderung (§§ 3, 6, 9, 11), Mittheilungen.
H. Sommer, Fr. Meyer, W. Petersdorff,
Vorsitzender. Schriftführer. Kassirer.

* O.-V. Bückau.

Zu der am **22. Juni**, Abends 6 Uhr, in Wolf's Konzert- und Ball- haus stattfindenden **Feier unseres zwanzigjährigen Stiftungsfestes** ladet hierdurch Mitglieder und Freunde ergebenst ein
Der Fest-Ausschuß.

* O.-V. Rudolstadt-Volkstedt.

Der Kassirer des obengenannten Ortsvereins macht hierdurch bekannt, daß die Beiträge ausnahmslos nur noch in den Versammlungen entgegen genommen werden.

* Nachtrag zum Adressen-Verzeichniß.

Coburg i. Th.: Vors. Rud. Henning, Expediert, Ober-Leopoldstr. 6; Kass. und Schriftf. Heinr. Scholz, Dreher, Rodacherstr. 21; Revis. Bernh. Brandt, Former, Kanonenweg 4.

Mitterteich: Vors. Ant. Weich, Dreher.

Kahla: Revis. B. Horn, Maler, Zenaischestr. 155 (statt Beyer).

Hamburg: Vors. S. Figur, Altona, Finkenstr. 44; Kass. F. Reihmann wohnt Hamburg, St. Georg, Lindenstr. 43.

Moabit: Vors. Ad. Kern wohnt NW. Birkenstr. 56.

Neuhaldensleben: Revis. W. Bachmann, Maler.

Sterbetafel.

Rheinsberg. Robert Koboldt, Maler, geb. zu Frankfurt a. D. am 6. 9. 1837, gest. 31. 5. 1889 an Gehirnschlag. Letzte Krankheitsdauer 2 Tage.

Schramberg. Josef Bodmer, Handelsmann, geb. zu Schramberg den 6. 1. 1834, gest. den 30. 5. 1889 an Lungenentzündung. Letzte Krank- heitsdauer 6 Wochen. Mitglied der Kranken- und Begräbniskasse.

Anzeigen.

* Arbeitsmarkt.

10-12 tüchtige Former u. Gießer

finden dauernde Beschäftigung in der

Sitzendorfer Porzellan-Manufaktur
Gebrüder Voigt.

Ein

Landschafts- und Figurenmaler,

guter Zeichner und Plattenstecher, sowie auch im Druckverfahren geübt, sucht entsprechende Stellung. Ges. Off. u. G. L. 968 an die R. d. Bl.